

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Gerd Schreiner und Dr. Axel Wilke (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Expertengruppe zur Justizstrukturreform

Die **Kleine Anfrage 220** vom 24. August 2011 hat folgenden Wortlaut:

Angesichts massiver Kritik an der Gerichtsreform in Rheinland-Pfalz soll nun eine Expertengruppe die bisherigen Vorschläge bis zum Frühjahr 2012 prüfen und gegebenenfalls neue machen können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Mitglieder der Expertengruppe bekommen welche Aufwandsentschädigung in welcher Höhe?
2. Welche Neben- und Reisekosten werden wie abgerechnet?
3. Sind die Mitglieder der Expertengruppe berechtigt, Gutachten zu erstellen bzw. in Auftrag zu geben?
4. Wenn ja, welche Mittel stehen diesbezüglich zur Verfügung?

Das **Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 14. September 2011 wie folgt beantwortet:

Frage 1.:

Die Mitglieder des Expertengremiums sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten keine Aufwandsentschädigung.

Frage 2.:

Die Mitglieder des Expertengremiums können in entsprechender Anwendung der Regelungen des Landesreisekostengesetzes vom 24. März 1999 eine Reisekostenvergütung (einschließlich der Nebenkostenerstattung) beanspruchen.

Frage 3.:

Das Expertengremium hat die Aufgabe, Einsparpotenziale in der Justiz aufzuzeigen und diesbezüglich konkrete Vorschläge zu machen. Es ist in seiner Arbeit offen und berechtigt, Gutachten in Auftrag zu geben, soweit es dies zur Erfüllung seiner Aufgabe für erforderlich hält.

Frage 4.:

Ein Haushaltsansatz für Leistungen an Sachverständige ist in dem für das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz vorgesehenen Kapitel 05 01 des Haushaltsplans 2011 bislang nicht enthalten, da zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung keine entsprechenden Ausgaben absehbar waren. Soweit im laufenden Haushaltsjahr entsprechende allgemeine oder durch das Expertengremium veranlasste Ausgaben anfallen sollten, müssen diese unter den Voraussetzungen des § 37 der Landeshaushaltsordnung außerplanmäßig geleistet werden.

Jochen Hartloff
Staatsminister

